

Inhaltsverzeichnis:

Vorwort	III
Abkürzungsverzeichnis	XI
Einführung	1
A. Die internationale Personengesellschaft im nationalen Recht ohne Berücksichtigung von DBA	7
1. Die Besteuerung „der Personengesellschaft“ im nationalen Recht mit Bezügen zum Gesellschaftsrecht – die Mitunternehmerschaft	7
1.1. Die Personengesellschaft im deutschen Einkommensteuerrecht	7
1.2. Die Gewinnermittlung - Gesamthandsvermögen- und Sonderbetriebs- vermögen	15
1.3. Die verfahrensrechtliche Erfassung der Einkünfte nach § 180 AO	22
1.4. Die doppelstöckige Personengesellschaft	24
1.5. Die Verlustverrechnung	28
1.5.1. Die Beschränkung der grenzüberschreitenden Verlustverrechnung nach § 2 a EStG	29
1.5.1.1. Die grundsätzliche Vorgehensweise	29
1.5.1.2. Die europarechtlichen Ansätze einer vollen Verlustver- rechnung	32
1.5.2. Die Einschränkung der Verlustausgleichs nach § 15 a EStG und die Wechselwirkung von § 15 a EStG mit sonstigen Normen des EStG	48
1.5.3. Die Verlustfeststellung nach § 10 d EStG	52
2. Die Personengesellschaft im internationalen Steuerrecht	53
2.1. Die Abgrenzung zum Internationalen Privatrecht: Qualifikationsprobleme im internationalen Gesellschaftsrecht mit Folgen für das Steuerrecht	57
2.2. Der Qualifikationskonflikt hinsichtlich des steuerlichen Subjekts (Subjektsqualifikation)	61
2.2.1. Der (zweistufige) Typenvergleich	63
2.2.2. Die abweichenden Vorgehensweisen	71
2.2.3. Die Zusammenfassung der herrschenden Meinung	74
2.2.4. Die Beurteilungsfolgen, wenn die Personengesellschaft im Ausland eine Besteuerungsoption zur Körperschaftsteuer ausübt	74

2.2.5. Eine Umqualifizierung am Beispiel der chilenischen „sociedad de responsabilidad limitada“	75
2.3. Die Besteuerung grenzüberschreitender Gesellschaftssituationen ohne DBA	77
2.3.1. Beide Staaten qualifizieren das Rechtsgebilde als steuerlich transparent	78
2.3.1.1. Die deutsche Personengesellschaft mit teilweise Geschäftsbetrieb im Ausland und deutschen Gesellschaftern - die Berücksichtigung der ausländischen Steuern nach § 34 c EStG	78
2.3.1.2. Weitere Konstellationen im bilateralen Bereich	84
2.3.1.3. Die ausländische Personengesellschaft mit deutschen Gesellschaftern und teilweisen Einkünften aus Drittstaaten	87
2.3.2. Die Staaten beurteilen das Rechtsgebilde unterschiedlich als steuerlich transparent bzw. intransparent	91
2.3.2.1. Die Lösung bei beidseitig steuerlich intransparenter Behandlung	91
2.3.2.2. Die ausländische Personengesellschaft besteht bei dortiger steuerlich intransparenter Behandlung aus deutsch-ausländischen Gesellschaftern und unterhält Betriebsstätten in beiden Staaten	93
2.3.2.3. Die inländische Personengesellschaft mit deutsch - ausländischen Gesellschaftern, die in beiden Staaten eine Betriebsstätte unterhält und im Ausland als steuerlich intransparent behandelt wird	99
B. Besonderer Teil: Die Behandlung von Personengesellschaften im OECD-MA	100
1. Die Regelungen der DBA	100
1.1. Die grundsätzliche Besteuerung bei bestehendem DBA unter Berücksichtigung seiner Zwecke	100
1.2. Der Rechtscharakter und das Zustandekommen von DBA und ihr Verhältnis zum nationalen Recht	106
1.3. Die Maßgeblichkeit und Relevanz des OECD-MA	112
2. Die Abkommensberechtigung der Personengesellschaft im OECD-MA	115
2.1. Die „Person“ und die „Ansässigkeit“ als Ausgangspunkt	116
2.2. Die Zwei-Staaten-Konstellation	120
2.2.1. Die Personengesellschaft wird in beiden Staaten als steuerlich transparentes Rechtsgebilde behandelt	120

2.2.2. Die Personengesellschaft wird in beiden Staaten als steuerlich intransparentes Rechtsgebilde behandelt	124
2.2.3. Die Personengesellschaft wird nur im Sitzstaat als steuerlich intransparentes Rechtsgebilde behandelt	125
2.2.4. Die Personengesellschaft wird nur im Quellenstaat als steuerlich intransparentes Rechtsgebilde behandelt	129
2.3. Die Drei-Staaten-Konstellation	135
2.3.1. Die Personengesellschaft wird im Sitzstaat als steuerlich transparentes Rechtsgebilde behandelt	135
2.3.2. Die Personengesellschaft wird im Sitzstaat als steuerlich intransparentes Rechtsgebilde behandelt	142
2.3.2.1. Die Gesellschafter sind im die Gesellschaft steuerlich transparent behandelnden Drittstaat unbeschränkt einkommensteuerpflichtig	142
2.3.2.2. Die Gesellschafter sind im die Gesellschaft steuerlich intransparent behandelnden Drittstaat unbeschränkt steuerpflichtig	146
2.3.2.3. Die Kritik an der vorbenannten Lösungsweise in der (Dreistaaten-) Konstellation	146
2.3.2.4. Die Folgen für die herrschende Ansicht bei Besteuerungsoptionen im Sitzstaat der Personengesellschaft	149
2.4. Die Modifikation innerhalb der EU durch die Rechtsprechung des EuGH	150
3. Die Einkünfte aus der Personengesellschaft nach dem OECD-MA	153
3.1. Die Personengesellschaft wird von beiden Staaten steuerlich als transparentes Rechtsgebilde behandelt	155
3.1.1. Die Gewinnanteile des inländischen Gesellschafters	155
3.1.1.1. Die Qualifikation über Art. 7 Abs. 1 und Abs. 7 OECD-MA	155
3.1.1.2. Der Ausgleich von Qualifikationskonflikten	168
3.1.1.3. Die Folgewirkungen auf den Methodenartikel	169
3.1.1.4. Die Relevanz europäischer Grundfreiheiten	170
3.1.2. Die Sondervergütungen an den inländischen Gesellschafter	171
3.1.2.1. Die grundsätzliche Problematik	171
3.1.2.2. Die Qualifikation von Sondervergütungen	172
3.1.2.2.1. Die Sondervergütungen als Unternehmensgewinn	172

transparent behandelt, in dem die Gesellschafter unbeschränkt steuerpflichtig sind	
4.2. Über die Personengesellschaft werden Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen im Drittstaat bezogen	220
4.3. Die Personengesellschaft unterhält eine Unterbetriebsstätte im Drittstaat	220
4.4. Die besondere Problematik, wenn der Drittstaat zugleich der Staat ist, in dem die Gesellschafter unbeschränkt einkommensteuerpflichtig sind (ohne Beschränkung auf Einkünfte aus Unterbetriebsstätten)	222
4.5. Die ausländische Personengesellschaft bezieht Einkünfte aus einer Personengesellschaftsbeteiligung im Drittstaat (Grenzüberschreitende Doppelstöckige Personengesellschaft)	225
4.5.1. Die Personengesellschaften werden in allen drei Staaten als steuerlich transparent behandelt	226
4.5.1.1. Die Einkünfte aus dem Gesamthandsvermögen	226
4.5.1.2. Die Einkünfte aus Sonderbetriebseinnahmen	230
4.5.2. Die Personengesellschaften werden nur in dem Staat als steuerlich transparent eingestuft, in dem die Gesellschafter unbeschränkt einkommensteuerpflichtig sind	233
4.5.3. Die Personengesellschaften werden nur im Sitzstaat der Obergesellschaft als steuerlich transparent eingestuft	236
4.5.4. Die Personengesellschaften werden nur im Sitzstaat der Untergesellschaft als steuerlich transparent eingestuft	239
4.5.5. Die verfahrensmäßige Erfassung solcher grenzüberschreitenden doppelstöckigen Personengesellschaften	241
5. Bestehen einer sogenannten Meistbegünstigung nach DBA und nach Europarecht	242
5.1. Begriff, Abgrenzung und Bestehen einer Meistbegünstigung im DBA-Recht	242
5.2. Die Meistbegünstigung nach Europarecht	244
6. Steuerliche Gestaltungsmöglichkeiten – „Holding“ und „Double Dip“	250
7. Der Progressionsvorbehalt	254
7.1. Der positive Progressionsvorbehalt	256
7.2. Der negative Progressionsvorbehalt und seine Einschränkung durch § 2 a EStG und § 15 a EStG	258
8. Die Zuordnung des Besteuerungsrechtes nach dem Betriebsstättenprinzip	262
9. Die Gewinnermittlung für Unternehmen mit Betriebsstätten in verschiedenen	268

Ländern	
9.1. Die Möglichkeiten der Zuordnung zu den Betriebsstätten	268
9.2. Die konkreten Gewinnermittlungsvorschriften-das anzuwendende Recht	270
C. Besonderer Teil: Die Personengesellschaft in ausgewählten DBA	272
1. Das DBA Deutschland – Österreich (DBA-A)	272
1.1. Die Personengesellschaften im DBA – Österreich	273
1.2. Die Qualifizierung von Einkünften	275
1.2.1. Die Gewinnanteile der Gesellschafter	276
1.2.2. Die Sondervergütungen der Gesellschafter	278
1.3. Die Vermeidung der Doppelbesteuerung nach Art. 23 DBA – A	280
1.4. Der grenzüberschreitende Verlustausgleich	283
1.5. Die doppelstöckige Personengesellschaft im Verhältnis zu Österreich	285
1.5.1. Die Einkünfte aus dem Gesamthandsvermögen	285
1.5.2. Die Einkünfte aus dem Sonderbetriebsvermögen	286
1.5.2.1. Die Qualifikation von Sondervergütungen	286
1.5.2.2. Die Konstellation von EAS 2670	289
2. Das DBA Deutschland – Schweiz (DBA-CH)	291
2.1. Die Personengesellschaften im DBA- Schweiz	292
2.2. Die Qualifizierung von Einkünften	294
2.2.1. Die Gewinnanteile der Gesellschafter	294
2.2.2. Die Sondervergütungen der Gesellschafter	298
2.3. Die Vermeidung der Doppelbesteuerung nach Art. 24 DBA-CH	301
2.3.1. Die grundsätzliche Regelung	301
2.3.2. Die Sonderregelung des Art. 24 Abs. 1 Nr. 3 DBA-CH	305
2.4. Der grenzüberschreitende Verlustausgleich	306
D. Endergebnis und Ausblick: Die Eignung der Personengesellschaft als Trägerin grenzüberschreitender Investitionen	314
E. Zusammenfassung	322
Literaturverzeichnis	325